

I. Anmeldung

TOP:

Stadtrat

Sitzungsdatum 16.12.2015

öffentlich

Betreff:

Zusatzverwaltungsvereinbarung zum Dienstleistungseinkauf „Forderungseinzug“ aus dem Service-Portfolio der Bundesagentur für das Jobcenter Nürnberg

Anlagen:

Sachverhaltsdarstellung

Zusatzverwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) vertreten durch die Vorsitzende der Geschäftsführung der AA Nürnberg und dem Jobcenter Nürnberg-Stadt vertreten durch den Geschäftsführer

Anfrage an das Rechtsamt incl. Antwort von Rechtsamt und Referat II

Entwurf des Umlaufbeschlusses vom 19.12.2014 incl. Schreiben des Bundes

Beschluss

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Geschäftsführung des Jobcenters legte am 19.12.2014 der Trägerversammlung den Entwurf eines Umlaufbeschlusses bezüglich einer „Zusatzverwaltungsvereinbarung für 0-8 Forderungseinzug ab 1.1.2015 aus dem Service-Portfolio der BA“ vor. Die gleiche Vereinbarung wurde in der Trägerversammlung am 13.11.2015 für den Zeitraum vom 1.1.2016 bis 31.12.2018 vorgelegt. In den beiden Beschlüssen sollen Bewirtschaftungsbefugnisse auf die gemeinsame Einrichtung übertragen werden.

Da das Service Portfolio „0-8 Forderungseinzug“ und die Zusatzverwaltungsvereinbarung höhere Werte bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen vorsieht als die städtischen AFB, teilte das Rechtsamt in Abstimmung mit dem Finanzreferat in einer Stellungnahme mit, dass eine Übertragung höherer Bewirtschaftungsbefugnisse bzgl. Niederschlagung, Erlass und Stundung auf das Jobcenter nur durch einen Beschluss des Stadtrates möglich sei.

Dieser Beschluss wird hiermit beantragt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1a. Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja

Noch offen, weil

Kosten:

noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

Nein Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

Nein

Ja im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

Nein Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

Nein

Ja

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

Nein

Ja: siehe Anlage

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

Ref. I / OrgA

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Stellendeckung vorhanden

Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

Ref. II / Stk

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Haushaltsmittel vorhanden

Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Ref. II

Ref I

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. V**

Nürnberg, 24.11.2015
Pröls

(7833)